

Die politische Meinung

Monatsschrift zu Fragen der Zeit

Die Christlich-Demokratische Union befindet sich in einer kritischen, ihre Existenz bedrohenden Situation. Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Augsburg haben eine Lawine ausgelöst. Der Schaden, den die Lawine angerichtet hat, zeichnet sich erst in Umrissen ab. Es sind Dinge passiert, die nicht hätten passieren dürfen, die betroffen machen und die empören. Gesetze sind nicht eingehalten worden, die Vorgänge in Hessen lassen geradezu kriminelle Energie erkennen.

Der lange, quälende, aber notwendige Aufklärungsprozess hat die Öffentlichkeit aufgewühlt. Seine Ergebnisse haben der Glaubwürdigkeit der CDU schweren Schaden zugefügt. Und sie verdrängen seit Monaten die politische Auseinandersetzung. Die Regierung Schröder, die Arbeit der rot-grünen Koalition, ist nicht besser geworden seit November 1999. Nach wie vor fehlt es an Professionalität, die politischen, vor allem europa- und außenpolitische Ungeschicklichkeiten und Halbheiten häufen sich. Aber die öffentliche Auseinandersetzung darüber wird kaum



noch geführt. Die Regierung glaubt, freie Hand zu haben. Die Union muss den Zustand der nur noch begrenzten Handlungsfähigkeit unverzüglich beenden, sie muss die Krise überwinden.

Die Union wird gebraucht. Nicht nur ihre Mitglieder und Wähler wissen

das, alle Wohlmeinenden im Land erkennen dies. Die Stabilität unserer politischen Ordnung fußt – was die alte Bundesrepublik betrifft seit fünfzig Jahren, und, was das wiedervereinigte Deutschland betrifft, seit zehn Jahren – auf der

Existenz zweier großer Volksparteien, die ihre Wählerschaft bündeln. Wenn die beiden Volksparteien ihre Bündelfunktion verlieren, entsteht Schaden für alle. Dann sind Entwicklungen angesagt nicht wie in Italien – dort herrschen andere Gegebenheiten –, aber wie in Österreich. Die Situation in Österreich hat nicht nur Herr Haider, mit dem wir nichts zu tun haben wollen, zu verantworten, sie muss auch von den beiden österreichischen Volksparteien, der SPÖ und der ÖVP, verantwortet werden. Sie haben nicht rechtzeitig da-

rauf geachtet, welche Gefahr droht, wenn eine Große Koalition über dreizehn Jahre zu Sterilität und Unbeweglichkeit führt und dadurch Raum frei wird für nationalistische Populisten.

Die CDU als Union christlicher, sozialer, liberaler und konservativer Traditionen hat die Bündelfunktion jahrzehntelang erfüllt. Sie hat aus den Fehlern der Weimarer Republik Konsequenzen gezogen und vielfältig zersplitterte Kräfte konzentriert. Sie hat damit Mehrheiten errungen oder doch zumindestens eine starke Opposition gesichert. Sie wird für diese Aufgaben auch in Zukunft gebraucht. Genauso wie die SPD, die darauf achten muss, dass ihr in der PDS nicht eine dauerhafte gesamtdeutsche Linkspartei als Konkurrentin erwächst. Diese Gefahr ist nicht gebannt.

Die Union hat die Kraft, die Krise zu überwinden und Fehlentwicklungen zu korrigieren. Die Idee der Union ist unverletzt und so faszinierend wie vor fünfzig Jahren. Gegenwärtig geht es um Konten, es geht um Spenden, es geht um innerparteiliche Strukturen, es geht um die Verantwortung Einzelner. So schlimm das auch ist, es lässt sich aufarbeiten und muss aufgearbeitet werden. Aber die 640 000 Mitglieder sind nicht wegen einer Organisationsstruktur in die Partei eingetreten, sondern wegen einer Idee, die sie begeistert. Alle Fehler, die gemacht worden sind, ändern nichts an den Grundlagen der Partei, und von

diesen Grundlagen her muss ein Neuanfang gewagt und die Diskussion der nächsten Monate geführt werden.

Die Politische Meinung bietet sich in diesen unruhigen, hektischen Zeiten oftmals nur „steriler Aufregung“ (Max Weber), wo Fragen gestellt und Antworten gesucht werden, als Forum an. Wir laden zur Diskussion ein und bitten um die Meinung unserer Leser. Auch widersprechende Meinungen sind erwünscht.

Wie konnte es zu dieser Krise kommen? Welche Kontrollmechanismen hätten greifen müssen? Warum haben sie versagt?

Was ist zu tun, um die notwendigen Konsequenzen aus der Krise zu ziehen und eine Wiederholung für die Zukunft auszuschließen?

Wie muss die Volkspartei der Zukunft aussehen? Was muss so bleiben, wie es seit fünfzig Jahren war? Was muss verändert werden?

Wie kann es gelingen, die Union gerade jetzt für neue Mitglieder zu öffnen? Für Bürgerinnen und Bürger, die es bisher anderen überließen, sich parteipolitisch zu engagieren, denen aber jetzt die Augen aufgegangen sind, welche Gefahr droht, wenn die Union ihre Aufgabe nur geschwächt erfüllen kann.

Was ist von all den guten, gut gemeinten oder auch nur populistischen Reformvorschlägen dieser Tage zu halten? Welche Vorschläge stärken die parlamentarische Demokratie des Grundgesetzes? Welche

Vorschläge schwächen sie oder stellen sie geradezu infrage?

Welche Auswirkungen hat die Krise der Union für die neuen Länder? Was kann gerade von den Landesverbänden der jungen Länder zur notwendigen Reform, aber auch zur Stabilisierung beigetragen werden? Mehr als die Hälfte der Mitglieder in den jungen Ländern ist nach 1990 der Union beigetreten!

Was steht auf der politischen Agenda des neuen Jahrzehnts, auf der „Agenda des 21. Jahrhunderts“ (Kurt Biedenkopf)? Die meisten Visionen, die die Gründer der Partei vor fünfzig Jahren hatten, sind erfüllt. Was sind jetzt die nächsten Ziele? Was sind die Visionen für die Zukunft, nicht nur in der Innenpolitik, auch in der Europa- und in der Außenpolitik? Der europäische Einigungsprozess ist ins

Stocken geraten und bedarf dringend einer Neubelebung.

Wie steht es um die christlich-demokratische Bewegung in Europa? Nur noch eine kleine Minderheit von EU-Mitgliedstaaten wird von Christdemokraten regiert. Das darf nicht so bleiben.

Die Krise stellt eine große Gefahr dar und ist noch nicht gebannt. Aber eine Krise – nimmt man den griechischen Ursprung des Begriffes wörtlich – ist ein Wendepunkt. Keine Katastrophe und vor allem nicht das Ende. Die Krise stellt auch eine große Chance dar, denn die Mitte der Nacht ist der Anfang des Tages. Wir setzen auf den neuen Tag.

Benedikt W. .